

CSV kritisiert Gesetzentwurf 7662 – Bildungsminister zieht Entwurf zurück

„Ein typisches Meisch-Projekt“



Das LTPES braucht in naher Zukunft einen neuen Direktor. Für die Neubesetzung mit der gewünschten Person braucht Claude Meisch wahrscheinlich das neue Gesetz. Foto: LW-Archiv

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

In der Politik, vor allem aber im Bildungswesen, regte sich in den vergangenen Tagen heftiger Widerstand gegen den Gesetzentwurf 7662, der den Zugang zu Direktionsposten im Sekundarschulwesen erleichtert und die Zulassungsbedingungen massiv herunterschraubt. Das „Luxemburger Wort“ hatte am vergangenen Dienstag darüber berichtet. Zwar ist das Gesetz in einer ersten Phase auf vier spezialisierte Lyzeen begrenzt, aber es kann zu einem späteren Zeitpunkt auf andere Lyzeen ausgeweitet werden.

Bei einer Pressekonferenz erklärten CSV-Fraktionschefin Martine Hansen und der CSV-Abgeordnete Claude Wiseler gestern, warum sie über das Gesetz und die Vorgehensweise von Bildungsminister Claude Meisch (DP) so empört sind. Dass ein Schuldirektor künftig nicht die drei Amtssprachen beherrschen, keinen Master

vorweisen und keinerlei Kenntnisse des Schulsystems oder pädagogische Erfahrung haben muss, ist für die CSV völlig inakzeptabel.

Diskriminierung von Staatsbeamten

Das Gesetz diskriminiere Kandidaten aus dem öffentlichen Dienst. Sie müssen Kriterien erfüllen, die von Vertretern aus der Privatwirtschaft nicht verlangt werden, wie Martine Hansen erklärte. „Staatsbeamte und Staatsangestellte müssen in der A-Karriere sein, um Schuldirektor werden zu können. Personen aus dem Privatsektor brauchen lediglich einen Bachelor oder einen Meisterbrief.“

„Mit diesem Gesetz kann ein Lehrbeauftragter, der den Stage zum Lehrer nicht absolviert oder nicht geschafft hat, künftig Schuldirektor werden. Mit diesem Text kann auch ein x-beliebiger Staatsbeamte, der vom Unterrichtswesen keine Ahnung hat, Schuldirektor werden“, so Hansen, „also auch ehemalige Fraktionsmitarbeiter, die von einem Minister zum Ersten Regierungsrat ernannt und somit in den Staatsdienst aufgenommen worden sind“.

Inkohärent und diskriminierend

Anhand von konkreten Beispielen versuchte die CSV-Fraktionschefin den diskriminierenden Charakter des Gesetzes zu veranschaulichen. „Der Leiter einer privaten Kindertagesstätte kann Direktor der Erzieher Schule werden, ohne auch nur die geringste Ahnung von schulorganisatorischen Dingen zu haben. Ein Florist aus der Privatwirtschaft kann Leiter der Ackerbauschule werden. Ein Florist, der sich dazu entschlossen hat, in den Staatsdienst zu wechseln, um dort als Lehrer zu arbeiten, der also das Zulassungsexamen und den Lehrer-Stage gemacht hat, kann nicht Direktor der Ackerbauschule werden, weil er nicht der A-Karriere angehört“, so Hansen. „Das Gesetz stellt also eine direkte Diskriminierung der Staatsbediensteten dar“, so die Fraktionschefin.

„Falsche Behauptungen“

Martine Hansen meinte des Weiteren, das Gesetz basiere auf falschen Behauptungen.

Bildungsminister Claude Meisch argumentiert im Gesetzentwurf, es sei zunehmend schwierig, geeignete Kandidaten zu finden. „Dieses Argument ist aus der Luft gegriffen“, meinte Hansen. Der Direktorenposten in der Erzieherschule (LTPES) – eine der vier im Gesetz visierten spezialisierten Schulen – sei noch nicht ausgeschrieben. „Also kann der Minister auch nicht behaupten, er finde keine geeigneten Kandidaten“, schlussfolgerte Hansen.

Zu besetzende Posten werden auf www.govjobs.lu ausgeschrieben. Interessant ist in dem Kontext, dass beispielsweise der Direktorenposten des Lycée technique agricole dort unter den aktuell geltenden Bedingungen ausgeschrieben ist – das Mandat des aktuellen Direktors wird 2021 aller Voraussicht nach verlängert –, nicht aber der Direktorenposten des LTPES, der in naher Zukunft neu besetzt werden muss, weil der amtierende Direktor Henri Welschbillig Ende 2020 in Rente geht. Die Erklärung: Der Posten ist nicht ausgeschrieben, weil der Minister wahrscheinlich eine bestimmte Person dort unterbringen möchte, die die aktuellen Bedingungen nicht erfüllt. Deshalb braucht er das Gesetz.

„Mit Mady wäre das nicht passiert“

Die CSV spricht sich vehement gegen die geplante Privatisierung aus, man sei aber für den Kontakt zwischen Schulen und Berufswelt. „Ein Schuldirektor muss Kontakt zu dem jeweiligen Berufszweig haben. Aber er muss vor allem das Schulsystem kennen, Unterrichtserfahrung haben und mit der Schulorganisation klar kommen“, so Hansen.

Kritik gab es aber auch an der Vorgehensweise des Bildungsministers, der es nicht für nötig gehalten habe, zumindest mit den betroffenen Schuldirektoren über seine Pläne zu sprechen. „Unter Mady Delvaux wäre so etwas nie passiert“, so Hansen. „Sie hat nicht immer alles umsetzen können, was sie wollte. Aber wenigstens hat sie auf die Schulpartner gehört.“ Ganz anders Claude Meisch: „Er hat nicht mit den betroffenen Schuldirektoren gesprochen, nicht mit den Lehrern, nicht mit den Gewerkschaften. Er boxt einfach durch, was er will.“

Meisch hat den Gesetzentwurf gestern auf Druck von Gewerkschaften, Lehrern, Schuldirektoren und politischen Parteien von der Tagesordnung genommen.